Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 74. Sonnabend, den 11. Mai. 1867

Landtag.

In der Sitzung des Herrenhauses am 10. d., welche zur Entgegennahme von „geschäftlichen Mittheilungen" um 12 Uhr anberaumt worden war, führte der Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode den Vorsitz. Der aus dem Abgeordnetenhause übersandte (Lasker'sche) Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Beschränkungen des gesetzlichen Zinsfußes für Darlehen, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum bestellt ist, wurde, nachdem ein Vorschlag des Herrn v. Bernuth auf Ueberweisung desselben zur Schlußberathung durch einen von mehr als 10 Mitgliedern unterstützten Protest des Herrn v. Kleist-Retzow beseitigt worden war, an eine Kommission von 15 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen. — Der ebenfalls aus dem Abgeordnetenhause herübergekommene Gesetzentwurf, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 28. Sept. 1866, wurde auf Vorschlag des Präsidenten zur Schlußberathung verwiesen und Herr v. Rabe zum Referenten bestellt. Das Haus dispensirte sich vor der viertägigen Frist und wurde darauf dieser Gesetzentwurf für die morgige Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Präsident war im Begriff, die Sitzung zu schließen, als der Ministerpräsident Graf Bismarck ihn um einen kurzen Aufschub ersuchte, weil ein Schreiben des Staatsministeriums, betreffend die Motive, die die Regierung abgehalten haben, heute dem Hause die Vorlage der norddeutschen Bundesverfassung zu machen, unterwegs sei. Der Präsident hatte unterdessen bereits dieses Schreiben erhalten und ließ es vom Schriftführer verlesen. Es wird in diesem Schreiben ausgeführt, daß in allen früheren Fällen Vorlagen, welche Verfassungsänderungen enthielten, stets erst dem einen Hause überwiesen worden seien, nachdem im andern Hause über sie zweimal abgestimmt und auf diese Weise ein definitives Votum erzielt worden wäre; es sei zwar nicht nachzuweisen, daß dies Verfahren ausdrücklich vorgeschrieben sei; innere Gründe (Bezugnahme auf Art. 64 der Verfassung) ließen es jedoch als richtig erscheinen, daß nicht gleichzeitg dieselbe Vorlage sich in beiden Häusern in geschäftlicher Behandlung befinden dürfe. Es müsse zudem bei einer Vorlage von solcher Wichtigkeit der Regierung das vollständig einwandfreie Zustandekommen allen formellen Bedenken gegenüber am Herzen liegen. Die Regierung habe deshalb geglaubt, die Vorlage nicht schon im Herrenhause einzubringen, sondern den Zeitpunkt abzuwarten zu sollen, wo in Folge der zweiten Abstimmnng im Abgeordnetenhause die Vorlage auf dem üblichen Wege an das Herrenhaus gelange.

Der Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich füge nur noch wenige Worte hinzu, weil ich glaube, unserm Herrn Präsidenten die Aufklärung schuldig zu sein, daß ich selbst dazu beigetragen habe, ihn zu dem Glauben zu induciren, als würde ich die Vorlage dem Herrenhause schon in diesen Tagen machen können. Ich kann nicht läugnen, daß ich es für möglich gehalten habe namentlich um deshalb, weil ich glaubte, daß in einer Frage wie diese, wo zur Sache selbst kein Zweifel obwaltet, auf die juristischen Formen kein solcher Werth gelegt werden würde, wie es geschehen ist. Nachdem dieser Fall eingetreten ist und Bedenken der Herren Fachmänner mich überzeugt haben, daß, wenn auch kein durchschlagender, so doch ein plausibler Vorwand gegen die formale Gültigkeit des Werkes aus einem andern Verfahren entnommen werden könnte, so habe ich geglaubt, meine entgegenstehende Auffassung vor diesem Bedenken fallen lassen zu müssen, indem bei einem so wichtigen und so auf die Dauer berechneten Werke, wie dieses ist, so viel an uns liegt wenigstens, die Möglichkeit abgeschnitten werden soll, daß man Gewissensbedenken gegen die Verfassung diesem formalen Grunde entnehmen oder später vielleicht sagen könne, sie sei nicht in vollkommen legaler Weise zu Stande gekommen. Ich kann nur mündlich das lebhafte Bedauern wiederholen, mit dem wir uns auf diese Weise wider Willen veranlaßt sehen, dies hohe Haus in beschlußfähiger Anzahl nochmals zu einem Termin, wo wir nach den langwierigen parlamentarischen Verhandlungen der letzten Monate allseitig sehr der Ruhe bedürftig sein werden, abermals hierher zu bemühen; ich hoffe aber, die Rücksichten, die uns geleitet haben, werden bei den Herren in einem so wichtigen und folgenreichen Falle, wie diesem ein günstiges Ohr finden. (Bravo!) — Auf die Bemerkung des Herrn v. Waldaw-Reitzenstein, daß viele Mitglieder, im Vertrauen auf die Dispositionen des Präsidenten, bereits ihrerseits für den Sommer über ihre Zeit verfügt hätten, bemerkte Graf Bismarck, daß er selber seinen Plan werde ändern müssen; er verwahre die Regierung dagegen, daß sie es an den Rücksichten gegen ein Haus fehlen lasse, welchem die Hälfte der Mitglieder angehöre.

Der Präsident theilt dem Hause mit, daß er für die morgen 12 Uhr Mittags stattfindende Sitzung die Schlußberathung über den Gesetzentwurf betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 28. September 1866 auf die Tagesordnung setze. Der Referent Herr v. Rabe habe während der Sitzung seinen Antrag bereits formulirt und eingereicht; derselbe lautet: „Das Haus wolle beschließen, den vorstehend bezeichneten Gesetzentwurf, der vom Hause der Abgeordneten in seiner Sitzung vom 9. d. M. unverändert angenommen worden ist, seine Zustimmung zu ertheilen." Schluß der Sitzung 12½ Uhr.

Ein Redner der conservativen Partei.

Abgeordneter v. Gerlach (Gardelegen) sprach im Abgeordnetenhause folgende denkwürdige Worte: Was er sagen werde, werde zwar nicht im Sinne der Mehrheit der conservativen Partei sein, aber doch in dem Sinne einiger ihrer Autoritäten. Ein Vorzug der Bundesverfassung sei allerdings, daß sie keine Grundrechte enthält, die, auf concrete Menschen angewendet, Unrechte werden, und abstracte giebt es nicht, seitdem die Kinder bekanntlich nicht mehr vom Klapperstorch gebracht werden. (Unruhe.) Nach den Grundrechten müßte man besorgen, daß die deutschen Fürsten nach glücklich abgelegtem Examen zum einjährigen Freiwilligendienst und zur Klassensteuer herangezogen werden. Statt dessen tritt der Artikel ein, der die sehr concrete preußische Militärgerichtsbarkeit, unsere Reglements u. s. w. auf den Bund überträgt. Aber die Bundesverfassung hat auch sehr große Mängel. Kommt das Ausgabebudget nicht zu Standd, so tritt für den Bund der Conflict ein wie bei uns, und die Nothwendigkeit ihn zu heilen, hoffentlich besser zu heilen als bei uns. Art. 20 mit seinem allgemeinen directen Wahlrecht sieht uns befremdend an. Wir sind nur ein Haufen von Wählern, ein Aggregat, eine Heerde, die nur durch den Hirten repräsentirt wird, dann sind wir zum Cäsarismus reif, dann hat Waldeck Recht, wenn er denselben Mechanismus auf Kreis und Gemeinde übertragen will, dann bedeutet ein Rittergutsbesitzerkopf so viel als ein Bauernkopf, der Bauer so viel als sein Miethsmann (Unruhe und Heiterkeit), dann hat der radicale Engländer Recht, der auch die Frauen zur Wahl zuläßt; denn das werden Sie nicht bestreiten: Köpfe haben sie alle. (Schallendes Gelächter.) Uebertragen Sie doch wenigstens die Disziplin der Armee auf die Wahlkörper, schreiben Sie vor, daß auch der Wähler gerade gewachsen sein, 5 F. 1 Z. Größe und 32 Zoll Weite haben muß, und schließen Sie die X-beinigen aus! (Gelächter.) Die Versagung der Diäten ist nur ein schwaches Correctiv, es ist damit ähnlich wie mit der Zumischung von Pflaumenmuß zu Rhabarber. (Unruhe.) Was das Oberhaus betrifft, so wollte Graf Bismarck die Verfassungsmaschiene des Bundes durch ein solches Haus nicht noch komplizirter machen. Aber dieser Grund reicht nicht weiter als er trägt. Selbst England und Nordamerika haben ihre Oberhäuser. Der Bundesverfassung zu Liebe seine Grundsätze aus Patriotismus opfern, kann nicht gefordert werden, wenn es sich um die ewigen Grundsätze, z. B. den der göttlichen Obrigkeit handeln sollte. Aber ich stimme für sie, um nicht gegen sie in Gemeinschaft mit denen zu stimmen, welche Preußen den Großmachtskitzel austreiben wollten und den Bankerott der Firma von Gottes Gnaden seiner Zeit anzeigten, gerade jetzt, wo das Säbelgerassel von Metz nnd Straßburg zu uns schallt.

Zur Luxemburger Frage.

Ueber die gegenwärtige politische Situation und speziell über den Punkt der französischen Rüstungen enthält die halbamtliche „Provinzial-Korrespondenz" folgenden Artikel:

Die Besorgnisse wegen einer ernsteren Verwickelung auf Grund der Luxemburger Angelegenheit waren in jüngster Zeit friedlicheren Hoffnungen gewichen. Der Wunsch der preußischen Regierung und des preußischen Volkes auf Erhaltung des Friedens unterlag von vornherein keinem Zweifel, aber auch die Bedenken, welche in Bezug auf die Friedensliebe Frankreichs im Hinblick auf die Haltung der französischen Blätter und auf die von der französischen Regierung eingestandener Maßen angeordneten Rüstungen entstehen mußten, waren einestheils durch die friedlichen Erklärungen in der amtlichen Zeitung der französischen Regierung, anderntheils durch die von allen Seiten eingehenden Nachrichten von den gemeinschaftlichen Bemühungen der Großmächte für die Erhaltung des Friedens zerstreut worden. Diese Bemühungen haben in der That den Erfolg gehabt, daß gestern, am 7. Mai, in London Konferenzen der europäischen Mächte zur Besprechung und Verständigung über die Luxemburger Angelegenheit begonnen haben.

Gleichwohl hat die Nachricht von dem Zusammentritt dieser Konferenz nicht die erhöhte Beruhigung gewährt, welche nach den vorherigen Absichten und Anzeichen davon erwartet werden durfte.

Zwar lauten die vorläufigen Mittheilungen in Bezug auf die Stimmungen der Konferenzmächte günstig; namentlich soll England die Bedenken, welche es gegen die Sicherung einer neutralen Stellung Luxemburgs zuerst zu hegen schien, aufgegeben haben.

Aber die Aussichten, welche sich auf die Konferenzberathungen gründen, werden durch die Mittheilungen getrübt, welche über die Fortdauer französischer Rüstungen in zuverlässiger Weise eingehen. Diese Nachrichten bekunden, daß Frankreich seine Armee nicht blos, wie im amtlichen Blatte angedeutet war, auf die volle regelmäßige Friedensstärke bringt, hinter welcher dieselbe in der letzten Zeit zurückgeblieben war, sondern durch die eifrig fortgesetzten Pferde-Ankäufe und durch umfassende Einziehung von Mannschaften über jene Friedensstärke hinaus geht und seine Armee in einen Stand versetzt, der dieselbe über das Bedürfniß des Friedens hinaus zu Angriffszwecken fähig erscheinen läßt.

Unter solchen Umständen wird die preußische Regierung neben dem aufrichtigen Wunsche und fortdauernden Bestreben auf Erhaltung des Friedens sich der Nothwendigkeit ernster Vorsicht und Wachsamkeit nicht verschließen dürfen. Preußen hat bisher keinen Mann einberufen, kein Pferd gekauft. Es hält auch jetzt nicht blos an dem Wunsche, sondern auch an der Hoffnung auf Frieden fest. Die Konferenz kann die Erfüllung dieser Hoffnung bringen; aber diese Möglichkeit kann für Preußen kein Grund sein, Vorsichtsmaßregeln zu vernachlässigen, welche nur dann unterbleiben könnten, wenn Frankreich, wie man vor acht Tagen erwarten durfte, durch die That eine Sicherheit gewährte, daß es den Frieden in vollem Ernste erstrebt, nicht blos als Möglichkeit gelten läßt.

Nur eine schleunige friedliche Entscheidung durch die Konferenz wird unsere Regierung der Nothwendigkeit überheben können, diejenigen Maßregeln der Vorsicht zu ergreifen, welche sie Preußens und Deutschlands Sicherheit schuldig ist.

Auch die Aeußerungen der offiziösen Blätter laufen auf denselben Beschwerdepunkt hinaus, zu denen vielfache ins Einzelne gehende Beläge beigebracht werden. Die „N. A. Z." bemerkt außerdem zu der telegraphischen Meldung, daß die Verhandlung der Konferenz vertagt werden mußte, weil Belgien und Luxemburg ohne Instruktion waren: „Es erscheint uns auffallend, daß gerade die beiden Bevollmächtigten von Belgien und Luxemburg ohne Instruction gewesen sind, obgleich die Regierungen dieser Länder doch gewiß das größte Interesse haben müssen, daß die Londoner Konferenz zu einem befriedigenden Resultate gelangt. Es läßt sich gar nicht verkennen, daß die friedlichen Aussichten der Konferenz durch diesen Mangel an Instruktionen gewiß nicht gefördert werden, und daß Belgien und Luxemburg dadurch eine große Verantwortlichkeit auf sich laden." Da es sich in der ersten Sitzung der Konferenz schwerlich um etwas Anders als um die allgemeinste Formulirung einer Verhandlungsbasis gehandelt haben kann, deren Grundlinien bereits seit geraumer Zeit allgemein bekannt sind, so muß die Instruktionslosigkeit der betreffenden Mächte allerdings als ein kaum begreiflicher Mißgriff bezeichnet werden, welcher der thatsächlichen Lage der Dinge sehr übel angepaßt ist. Man hat Mühe sich eine Vorstellung davon zu machen, welches Interesse Belgien und Luxemburg dabei haben können ein Verfahren einzuhalten, welches dem raschen Fortschreiten der Arbeiten der Konferenz hinderlich ist. Um sich auf eine Zögerungspolitik einzulassen, dafür ist die politische Lage Angesichts der französischen Rüstungen für Preußen nicht geklärt genug.

— Die „Wiener Abendpost" v. 8. d. veröffentlicht ein Telegramm aus London, dem nach in der gestrigen Konferenz ein bereits ausgearbeiteter Vertragsentwurf vorgelegt wurde, welcher mit Ausnahme eines einzigen Artikels allgemeine Zustimmung fand. Es ist gegründetste Aussicht auf baldige Verständigung vorhanden.

— Die Pariser „France" erwähnt, die Angaben eines Luxemburger Blattes bestätigend, einen Vertrags-Entwurf, und giebt dessen näheren Inhalt in folgenden Bestimmungen an: 1) Räumung der Festung Luxemburg preußischerseits in nächster Zeit, 2) sofortige Schleifung der Festung unter Aufsicht fremder Offiziere, 3) Verbot, in Luxemburg mehr Truppen zu halten, als streng zum Polizeidienste nöthig sind, 4) Verpflichtung des Königs von Holland, als Großherzog nicht ohne Zustimmung der fünf Großmächte über das Land zu verfügen. Ueber die Handelsverhältnisse des Großherzogthums würde, dieser Quelle zufolge, die Konferenz so wenig wie über die inneren Angelegenheiten desselben Berathungen pflegen. Wir müssen die Authenticität dieser Angaben dahingestellt sein lassen.

— London, d. 8. Lord Stanley besprach gestern die Frage, betr. die Garantie der Neutralität Luxemburgs durch die Großmächte, mit mehreren Conferenz-Mitgliedern. Die Stimmung der Diplomaten ist hoffnungsvoll.

— Die Nachrichten v. 9. und 10. d. lauten höchst friedlich. London, den 9. Mai. In der gestrigen Abendsitzung des Oberhauses theilte Lord Derby mit, daß in der heute stattgehabten Conferenz alle Schwierigkeiten beseitigt worden seien. Der Friede sei factisch gesichert.

Im Unterhause erwiderte Lord Stanley auf eine Interpellation Labouchère's: Die heutige Conferenz habe ein substantielles Arrangement erzielt, Dank der Mäßigung der Hauptbetheiligten; es seien nur noch Formalitäten abzuthun. Die jetzt von England übernommene Garantie vermehre nicht, sondern begrenze die bisherigen Garantiepflichten. Der Schluß der Conferenz werde wahrscheinlich baldigst erfolgen und würden dann die Acten dem Parlamente vorgelegt werden. Diese Erklärung wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

— Brüssel, den 10. Mai. Ein im „Moniteur" enthaltenes Telegramm aus London meldet: Die Vertrags-Artikel sind heute mit einigen Modificationen paraphirt worden, außer Artikel 4, da der preußische Botschafter Graf Bernstorff wegen des Termins der Räumung Luxemburgs sich noch weitere Instructionen erbeten hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Graf Bismarck hat gegenüber einer Deputation der Conservativen, die ihn am 7. d. Mts. beglückwünschte, eine Erklärung über den gegenwärtigen Stand der Luxemburger Frage abgegeben, die nicht geeignet, die Besorgnisse wegen der weitern Entwickelung dieser Frage zu zerstreuen. — Der „Allg. Ztg." schreibt man aus Wien, daß zwischen Frankreich und Oesterreich ganz bestimmte Abmachungen existiren, welche genau den Charakter der im vorigen Jahre zwischen Preußen und Italien getroffenen Vereinbarungen haben. Wie geheim diese Abmachung auch bisher gehalten worden sein mögen, so sei es doch beinahe überflüssig zu erwähnen, daß man in Berlin Kenntniß von diesen Vorgängen besitze und Gegenvorkehrungen getroffen habe. — Der „K. Z." wird von hier telegraphirt: „Luxemburgs Verbleiben im Zollvereine wird um so weniger Schwierigkeiten hervorrufen, als der Vertrag vom 20. Oktober 1862 den Anschluß Luxemburgs an das Zollsystem Preußens und den übrigen Zollvereins-Staaten bestimmte. Auch hat von Einwendungen Frankreichs bis jetzt nichts verlautet." — In Suhl werden jetzt die Waffen der süddeutschen Staaten (mit Ausnahme Bayerns, das die Arbeit im eigenen Lande ausführen läßt) umgearbeitet.

— Der „Hamb. Corr." bestätigt, daß im Lande und in der Stadt Hannover Personen mit bekannten Namen, die im Auftrage des Exkönigs Georg zu handeln versichern und deren frühere Stellung diese Angabe glaubwürdig erscheinen läßt, thätig sind, die Gemüther der niedern Volksklassen für eine französische Invasion günstig zu stimmen, indem sie vorspiegeln, die Franzosen kämen nur, um die Welfische Dynastie wieder aufzurichten. Ferner erklärt das genannte Blatt als Thatsache, daß von Hannover aus Zuschriften an französische Journale im Sinne dieser Agitation ergangen seien, und daß der frühere Minister v. Meding, mit bedeutenden Geldmitteln ausgerüstet, in Paris für den Krieg gegen Deutschland wirkt. Alle diese Anstrengungen könnten jedoch bei dem gesunden Sinn des Volkes nicht verfangen.

— Se. Majestät der König hat dem König Georg von Griechenland am 9. d. M. den Schwarzen Adler-Orden verliehen. — Der „St. A." bringt folgende Mittheilung in Betreff der in den thüringischen Staaten ausgebrochenen Rinderpest: Nachdem vor Kurzem in Untersteinach in Baiern, an der Eisenbahnlinie von Böhmen nach Lichtenfels am Main, die Rinderpest ausgebrochen, ist in neuester Zeit ein zweiter Ausbruch derselben in der Umgegend von Hildburghausen, an der Werrabahn, erfolgt. Es ist dadurch bis zur Evidenz dargethan, daß die Krankheit durch die starken Viehtransporte eingeschleppt worden, welche auf dieser Linie von Oesterreich nach den Nordseehäfen stattgefunden haben. Die Regierung hat sich veranlaßt gefunden, den Eingang solcher aus Oesterreich kommenden Viehtransporte in das preußische Staats-Gebiet bis auf Weiteres vollständig zu untersagen. Bei der Unterdrückung der Seuche im Meiningenschen sind auf Requisition der Landes-Regierung erfahrene preußische Beamte mitthätig und darf erwartet werden, daß einer weiteren Ausbreitung der Krankheit wirksam werde vorgebeugt werden.

— Durch eine Verfügung des Kultusministeriums ist den Provinzial-Schulkollegien ein spezieller Lehrplan für die Gymnasien und Realschulen 1. Ordnung zugegangen welcher auch den Verwaltungsbehörden des Schulwesens in den neuen Landestheilen zur Kenntnißnahme wird mitgetheilt werden. Dieser Lehrplan soll nicht eine allgemein verpflichtende Norm aufstellen, sondern es ist in demselben nur ein Beispiel gegeben, in welcher Weise die Bestimmungen des allgemeinen Lehrplans zweckmäßig zur Ausführung gebracht werden können. In der Verfügung wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß beim Geschichts-Unterricht in den mittleren Klassen die vaterländische Geschichte im engeren und erweiterten Sinne einen wesentlichen Gegenstand des Lehrplans bilden muß und daß die Kenntniß derselben in den oberen Klassen durch geeignete Repetitionen zu sichern ist. Gerügt wird von Seiten des Kultnsministeriums, daß die vaterländische Geschichte nicht blos als vorschriftsmäßiges Pensum in allen Lehrplänen aufgeführt ist und daß dieselbe nur allzuselten zum Gegenstand der öffentlichen Prüfungen gemacht wird. Die Provinzial-Schulkollegien werden angewiesen, auf diesen Gegenstand eine verschärfte Aufmerksamkeit zu richten.

— Wir haben unsern Lesern eine Trauerkunde zu bringen, die weithin in deutschen Landen schmerzliche Theilnahme erwecken wird. Der Abgeordnete, Major a. D. Dr. Heinrich Beitzke, ist am 10. d. Morgens hier in seiner Wohnung plötzlich vom Schlage getroffen und sofort verschieden. Was der Verstorbene als Geschichtsschreiber der deutschen Freiheitskriege geleistet, welchen Namen er sich dadurch erworben, ist allbekannt; seine Freunde und Mitbürger, zu denen er in näheren Beziehungen stand, können von seiner Liebe zum Vaterlande, seiner Ueberzeugungstreue, seiner Arbeitslust, seinem humanen, von hoher Sittlichkeit getragenen, ebenso liebenswürdigen wie bescheidenen Charakter zeugen. Ein deutscher Mann im vollsten Sinne des Worts, folgt ihm die Liebe und Achtung, die er im Leben genoß, über das Grab hinaus.

Bremen, den 8. Mai. Auf Antrag des Senats genehmigte die Bürgerschaft soeben einstimmig und ohne Diskussion die Verfassung des norddeutschen Bundes.

Baden. Zwischen Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes und den Süddeutschen Staaten ist am 8. Mai c. ein Abkommen zur Einführung einer gemeinsamen Salzbesteuerung unterzeichnet worden. Vom 1. Januar 1868 ab wird ein gemeinsamer Grenzzoll von 2 Thlr. pro Centner und eine Productionssteuer von gleicher Höhe erhoben.

Oesterreich.

— Die Polen haben sich bekanntlich von den Czechen gänzlich losgesagt, seitdem es feststeht, daß diese den ethnographischen Kongreß in Moskau beschicken. Die czechischen Blätter entschuldigen sich jetzt den Polen gegenüber damit, daß sie sagen: „Die russische Allianzfrage ist lediglich ein Punkt der Politik. Kann das freie, starke, mächtige Amerika, daß Rußlands Hülfe nicht braucht, mit Rußland eine Allianz schließen, warum sollten es kleinere Völker, welche der Hülfe benöthigen, nicht thun dürfen." Jedenfalls wird durch dergleichen Expektorationen der „wissenschaftliche" Charakter der Zusammenkunft in Moskau in das rechte Licht gesetzt.

Frankreich.

— Neueren Berichten zufolge ist für die 100,000 Mann, welche demnächst im Lager von Chalons vereinigt sein werden, dort auch die erforderliche Kriegsmunition aufgehäuft; ferner hat die Direktion der französischen Ostbahn Befehl erhalten, alle verfügbaren Transportmittel zur Beförderung der Truppen von zwei Armeen bereit zu halten, die am 12. d. Mts. bei Metz und Chalos concentrit stehen sollen. Vom Kriegsministerium sind für den Ankauf von 15,000 Pferden die erforderlichen Geldmittel angewiesen, und außerdem dauern die massenhaften Getreide-Ankäufe für französische Rechnung, besonders in Wien, fort. Die Stadt Belfort im Departement des Oberrheins wird zu einem verschanzten Lager gemacht und werden daselbst ungeheure Depots aller möglichen Kriegsmaterialien eingerichtet. Auch in der kleinen, am Oberrhein belegenen Festung Neubreisach wird das Fort Mortier armirt. Aus Medard, im Departement der Charente inferieure, ist ein großer Pulvertransport nach dem Osten abgegangen. In der Bretagne finden umfassende Aushebungen für die Flotte statt. Das die Citadelle von Straßburg abgesperrt ist wegen der Pulver-Magazine nnd der Verpackung der Munition, die nach dem Nordosten Frankreichs gehen, ersehen wir aus badischen Blättern. — In der „Opinion nationale" veröffentlicht Laurent de l'Ardèche einen Artikel „Bismarck und die deutschkaiserliche Partei" worin er den Nachweis zu führen versucht, daß Graf Bismarck nur daß Programm des „liberalen Pangermanismus", wie dasselbe aus den Demagogenverfolgungen von 1820 bekannt geworden sei, zur Ausführung bringe, um Preußen vor einem zweiten „1789" zu bewahren; Laurent knüpft daran die Mahnung, auf der Hut zu sein, da der nächste Schritt zur Verwirklichung jenes Programms die Einverleibung der Niederlande in das heilige deutsche Reich sein würde.

— Die „France" ist seit heut des in ganz Fahrwasser des Friedens eingelenkt und nimmt nun entschieden Partei gegen die Aufwiegler (excitateurs), wie sie die chauvinistischen Exaltados nennt, die der Regierung eine Politik der Fehlgeburt vorwerfen und Luxemburg im großen Schuldbuche der napoleonischen Projekte zu den Posten: „Polen, Mexiko und Sadowa" buchen. Schließlich sagt sie sehr sentenziös: „Die moderne Welt, welche der Arbeit sich gewidmet hat, bedarf des Friedens und der Sicherheit und es ist ein großes und beruhigendes Schauspiel, wenn man sieht, daß, jedesmal, wenn ein Gewitter droht über Europa hereinzubrechen, alle Regierungen sich vereinigen und alle friedlichen Kräfte sich in Bewegung setzen, um die Gefahren desselben zu beseitigen. — Die „Liberté" dagegen bleibt ihrem Standpunkt treu und läßt ihre ganze Wuth gegen Rouher's Politik aus. Sie will die Vergrößerung Frankreichs, die absolute Freiheit, und zu diesem Zwecke ruft sie: „la guerre nationale!" Am liebsten hätte sie den Krieg für Luxemburg, wenigstens lieber, als den um Nordschleswig und den Prager Frieden.

— Der am 6. d. Abends in den Tuilerien stattgehabte Ball war trotz der großen Wärme u. A. auch von den Mitglieder der Ausstellungs-Kommission sehr stark besucht. Beim Beginn der Festlichkeit spielte die Musik der Garde zuerst die: „Reine Hortense", sodann „God save the queen", darauf die russische Volkshymne und (zufällig) um 10 Uhr, als der Hof erschien, „Ich bin ein Preuße". Die Kaiserin hatte den Arm des Königs Georg von Griechenland genommen; der Kaiser führte die Prinzessin Mathilde; ihnen folgten die anderen hier anwesenden Prinzen von Geblüt, denen die japanischen Prinzen (in Pantoffeln) sich anschlossen. Der Kaiser sah sehr wohl und heiter aus und sprach mit mehreren Mitgliedern der Ausstellungs-Kommission, namentlich längere Zeit mit Professor Dove aus Berlin; der kaiserliche Prinz war nicht zugegen, da er seine Residenz in St. Cloud genommen hat; die Behauptung, daß er seine Krankheit verschlimmert habe, ist irrig, die Rekonvaleszenz ist vielmehr eine stetige und gleichmäßige, begünstigt durch das seit Anfang d. M. eingetretene warme Wetter.

Großbritannien.

— Der Demonstration der Reformliga zu London im Hyde Park ist nichts in den Weg gelegt worden. und daher ist sie ohne jegliche Ruhestörung abgelaufen. Die Volksmassen verhielten sich so anständig und friedlich, daß nicht einmal die ordentliche, viel weniger die außerordentliche Polizei ihren Arm zur Wahrung der Majestät des Gesetzes auszustrecken brauchte. Als gegen 6 Uhr, mit lauten Begrüßungen bewillkommnet, Hr. Beales, der Präsident der Liga, mit O'Donoghue und dem Obersten Dickson den Park betrat, war die Menge schon auf viele Tausend angeschwollen. (Die „Times„ schätzt, wohl zu niedrig, 40- bis 50,000, „Daily News" wohl zu hoch, 100- bis 150,000 Personen.) Rednerbühnen waren zehn, und zwar in der bescheidenen Gestalt von Bänken. Die Bedauernswerthen, welche es unternahmen, die Ansichten der Reformliga dem Publikum vorzuführen und die Resolution zu motiviren, um nur in dem Umkreise weniger Schritte das Gesumme zu übertönen, welches von einer großen, wenn auch vehältnißmäßig ruhigen Menschenmenge unzertrennlich ist. Getreulich aber pflanzte sich von dem kleinen Cirkel aus, dem die Worte der Redner noch verständlich ans Ohr schlugen, bei den eindringlicheren Stellen das Beifallrufen in concentrischen Kreisen weit in die Menge hinein fort und riß oft vollständig unmotivirt die angrenzenden Theile fremder, einem andern Wortführer zu lauschen versuchender Zuhörersphären mit fort. Ehe jede „Sphäre" sich auflöste, brachte sie drei Hochs auf die Königin, auf John Bright und auf Gladstone;

eine fügte drei Lachsalven für die Special = Constabler hinzu. Beales, der O'Donoghue und Oberst Dickson traten schon um 7½ Uhr den Heimweg an; sie wurden von einer dichten Menschenmenge escortirt, deren Enthusiasmus sie fast mit Schaden Leib Leben bedrohte. Allerdings bleiben wider Verabredung noch viele Redner und Hörer bis zum Einbruche der Dunkelheit, doch gelang es den von der Liga angestellten Ordnern, die Ruhe völlig aufrecht zu halten, und ohne jeglichen Auflauf, ohne widrigen Zwischenfall wurde der Park schließlich geräumt.

Rußland.

Die Verschenkungen von polnischen Staatsgütern an Russen werden fortgesetzt. U. A. ist General Ramzaj, der 1862/63 unter Großfürst Constantin Chef der in Polen stehenden Armee war, und dessen militairische Anordnungen bekanntlich schuld daran waren, daß der damals beginnende Aufstand nicht im Keime erstickt wurde — reichlich beschenkt worden. Auch der bisherige Oberdirector (Minister) der öffentlichen Aufklärung in Polen und nunmehrige Curator des Warschauer Lehrbezirks, Hr. Witte, ist mit polnischen Staatsgütern bedacht worden. Die Schulen sind, Dank seiner Thätigkeit, wieder auf der Stufe angelangt, wie sie vor Wielopolski und unter Mohanow waren. Selbst in den sogenannten rein polnischen Gymnasien werden jetzt die Gegenstände in russischer Sprache vorgetragen, obschon es Thatsache ist, daß die Schüler in niederen Klassen, wo sie vom Russischen noch sehr wenig verstehen, darum in den Lehrgegenständen selbst keine Fortschritte zu machen im Stande sind. — Tscherkaski, der eifrige Russificator und Antagonist Berg's, ist nunmehr in die Verwaltung Polens in Petersburg eingetreten. Es heißt jetzt, er soll nächstens wieder hierher kommen. Die durch die unüberlegten Umgestaltungen angerichtete Verwirrung aller Verwaltungsverhältnisse ist in der That ungeheuer. Auch hört man schon in hohen Amtskreisen von der Nothwendigkeit sprechen, aus finanziellen Ursachen Aenderungen in den jüngsten Umgestaltungen eintreten zu lassen.

Amerika.

— Nachrichten aus Mexiko bestätigen die Erstürmung von Puebla durch die Republikaner. Republikanischen Berichten zufolge herrschte in Queretaro unter den Kaiserlichen große Noth. Kaiser Maximilian hielt nur noch mit Mühe einen Theil der Stadt und Entrinnen war unmöglich. Im Widerspruche damit erklären die Depeschen der Imperialisten, Maximilian befände sich in der Hauptstadt; Marquez sei auf dem Wege Veracruz zu entsetzen und Puebla werde wahrscheinlich wieder genommen werden.

— Die officiöse Wiener „Abendpost" entnimmt Folgendes einer Correspondenz aus Mexiko vom 18. April: Der Kaiser begehrte Einstellung der Feindseligkeiten als Einleitung zur Feststellung von Capitulationsbedingnissen. Escobedo referirte hierüber an Jaurez nach San Luis Potosi, obwohl Juarez' frühere Weisungen dahin gingen, daß keine Capitulation angenommen werden solle, daß Alles dem Ermessen des Siegers anheimgestellt bleiben und der Kaiser dann als Kriegsgefangener nach San Luis gebracht werden solle.

— In Mexico fahren die juaristischen Generale mit Füsiladen gefangener Officiere der Gegenpartei fort. Posirio Diaz hat nach der Einnahme von Tampico 6 Generale und 60 Offiziere und nach der Wegnahme von Puebla wieder mehrere Offiziere erschießen lassen. Ueber den Aufenthalt des Kaisers Maximilian ist nichts Verläßliches bekannt.

Lokales.

— **Aus dem Abgeordnetenhause.** Bei der Abstimmung in der Abgeordnetenhaus-Sitzung a 8. d. M. gehörten zu den 226 Abgeordneten, welche für die Annahme der Verfassung des norddeutschen Bundes ihr Votum abgaben, von der Fortschrittspartei die Herren: Gerlich, Lesse, Rondé, Selten, Weese, Bassenge, Schwarz, Coupienne, Qual, Baur. Wir nehmen Notiz von dieser wichtigen Abstimmung unserer beiden Mitbürger mit dem Bemerken, daß dieselben von recht Vielen als eine „verständige", „politisch gerechtfertigte" bezeichnet wurde. Anderseits dürfte es doch wohl einiges Befremden erregen, daß auch die beiden Herren, welche stets und treu zur Freiheit standen, und noch stehen, für die Annahme jener Verfassung — sicher ist das Votum von ihnen nicht ohne große Selbstüberwindung erfolgt — gestimmt haben.

Weit entfernt von der Anmaßung uns hier als Advokat für unsere beiden geehrten Mitbürger, welche in jeder Beziehung Mannes genug sind, wenn und wo es Noth thut, für ihre Ansichten einzutreten, aufwerfen zu wollen, können wir doch nicht umhin einige objektive Bemerkungen folgen zu lassen, welche uns die Abstimmung Beider als gerechtfertig erscheinen lassen.

Die Vertreter, gleichviel, ob die zur Theilnahme an der Verwaltung einer Kommune, oder der Staatsgemeinde berufenen, haben ihre Vota zur Wohlfahrt des Ganzen nur nach ihrem besten Wissen und Gewissen abzugeben. Aber sie bleiben doch anderseits, wie dies naturgemäß ist, in Verbindung mit ihren Wählern und werden auf deren Wünsche und Ansichen eine, wenn auch immerhin bedingte, Rücksicht nehmen müssen und nehmen. Nun haben aber in weit überwiegender Mehrzahl die Wähler welche unsere beiden Mitbürger vertreten, seit Jahren und Jahren den Wunsch ernstlich und nachdrücklichst kundgegeben, mit dem Mutterlande Deuschland auch in politischer Beziehng unmittelbar verbunden zu sein. Diesem Wunsche Rechnung zu tragen bot sich nun bei der Abstimmung über die beregte Verfassung Gelegenheit und das Votum unserer beiden Mitbürger entspricht mithin jenem Wunsch.

Was nun die Verfassung des norddeutschen Bundesstaats selbst anlangt, so halten auch wir dieselbe für kein politisches Meisterwerk und stehen mit unserem Herzen, wie mit unserer Einsicht auf Seiten ihrer Bekämpfer, weil in ihr die antiliberalen Tendenzen mehr als die liberalen Geltung erhalten haben. Aber anderseits muß doch anerkannt werden, daß die Verfassung in Anbetracht der gegebenen politischen Verhältnisse in Deutschland das zur Zeit Erreichbare gewährt. Mit ihr ist eine Grundlage gewonnen, auf welcher sich an der freiheitlichen und einheitlichen Fortbildung des deutschen Staats fortarbeiten läßt, und so Gott will mit günstigem Erfolg, wenn sich das deutsche Volk selbst treu bleibt.

Berücksichtigen wir die zeitige internationale politische Situation, in welcher sich das beneidete und aus Neid gehaßte Preußen und mit ihm Deutschland befindet, so ist es doch warlich nicht zu beklagen, daß ein Akt ausgeführt worden ist, welcher jenes böse, aber doch auch nicht unwahre Wort von der deutschen, in Querköpfigkeit und partikularistischer Gesinnung wurzelnden Zwietracht zu Schanden macht.

Nun noch ein Wort. Wer mag es leugnen, daß bei der Verhandlung über die Verfassung des norddeutschen Bundes die Fortschrittspartei geschlagen worden ist. Allein, die politischen Lebensformen ändern sich und sind wandelbar, unsterblich aber ist die liberale Idee und wirkt ununterbrochen fort. Tiefe Wurzeln hat sie in dem deutschen Volke geschlagen, und hat sie auch in der in Rede stehenden Verfassung keinen korrekten und adäquaten Ausdruck gefunden, so wird sie denselben doch früher oder später erlangen. Und das, denken wir, ist keine illusorische Hoffnung.

— **Die Wahlen zum Reichstage** stehen, wie uns aus Berlin mitgetheilt wird, im August, oder September bevor.

— **Kommerzielles.** Im Monat April c. sind aus Polen auf Bahnhof Thorn an Gütern (Gewicht in Pfd.) eingegangen: 220,674 Weizen, 101,309 Roggen 658,000 Kohlen, 201,361 Kalk, 910 Roßhaare, 67,706 Borsten, 204 Bouillon, 2867 Kaviar, 839 wollene Waaren, 63 Thee, 1209 Wein, 1884 Eisenwaaren, 59,388 Walzeisen, 37,265, Zucker (roh), 11,955 Terpentinöl, 134 Sämmereien, 50 Seide, 434 Federn rc.

Von der Kgl. Direktion der Ostbahn ging der Handelskammer die Mittheilung zu, daß die für die Stationen Cüstrin, Landsberg a./W., Bromberg, Thorn, Dirschau, Danzig, Elbing, Insterburg und Eydtkuhnen angeordnete Beschränkung der Frist für die von den Versendern, resp. Empfängern zu bewirkende Be- und Entladung per Wagen von 24 auf 12 Stunden aufgehoben ist.

— **Schifffahrt.** In Folge einer von Berliner Holzhandlungen an den Herrn Handelsminister im Februar d. J. gerichteten Vorstellung, bezüglich Abhilfe der Nothstände im **Wasserverkehr zwischen Weichsel und Netze** ist seitens der K. Regierung zu Bromberg ein Bescheid unter dem 22. v. M. an die Petenten ergangen, aus welchem wir Folgendes entlehnen: „Nunmehr sollen die speziellen Projekte zu Kanalisirung der Brahe und zur Anlage eines Hafens an der Weichsel bearbeitet werden, um nach definitiver Feststellung derselben, mit Erwerbung des dazu nöthigen Grund und Bodens und, sobald die dazu erforderlichen Mittel bewilligt sein werden, mit Ausführung dieser Baulichkeiten vorgehen zu können. Hiernächst wird, soweit auch dann das Bedurfniß dazu noch vorliegend erscheinen sollte, der allmälige Umbau der älteren Schleusen des Bromberger Kanals und die Vermehrung der Wasserzuflüsse zu denselben in Betracht kommen."

— **Postverkehr.** Als unbestellbar ist an das K. Postamt zurückgekommen ein am 28. v. M. aufgeliefertes Paket an den Schlossergesellen George Schröder beim Fuhrmann Schulz in Neustettin. Absender ist nicht zu ermitteln.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 24½ pCt. Russisch-Papier 24 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

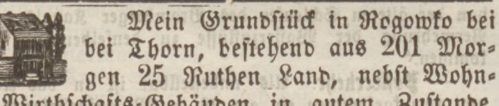
Den 10. Mai. Temp. Wärme 4 Grad. Luftdruck 28 Zoll 3 Strich. Wasserstand 7 Fuß 7 Zoll.
Den 11. Mai. Temp. Wärme 4 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 7 Fuß 4 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Es ist schon mehrmals angefragt, warum die Verpflegungsgelder und der Servis pro April bis ult. September 1866 und Januar bis ult. April 1867 nicht ausgezahlt wird? Früher ist die Auszahlung nie so lange verzögert worden.

Mehrere Quartiergeber.





Auf die Anfrage der Brodconsumenten, oder vielleicht Brodproducenten, in der gestrigen Nro. des Wochenblatts, kann ich nur erwidern, daß die Einsender den Moment wahrgenommen haben, wo alle Bäckereien des steigenden Roggenpreises wegen, mit dem Gewicht des Brodes heruntergehen mußten, aber wahrscheinlich einige Bäcker aus verschiedenen Gründen, die ich nicht anführen will, damit einige Tage gezögert haben. Für die Dauer ist das Brod nach dem jetzigen Roggenpreise, 62—63 Thlr. per Wispel, hier nicht größer zu liefern.

J. Kohnert.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 5. Mai Friedrich Oscar, S. d. Justizrath Panke; Eugen Arthur, S. d. Bodenmeister Benwich; Emilie Clara, T. d. Kfm. Dietrich; Leo Herrmann, Theodor S. d. Pothographen Penzhoren; Auguste Clara, T. d. Arb. Perlich; Mathilde Ernestine unehl. T.

Getraut: Der Zimmergesell Rozuszewski mit Jungfr. Fischer.

Gestorben: Den 1. Mai die Professor Ww. Keferstein, 73 J. 8 M. alt, an Verhärtung der Herzadern; d. 5. eine nicht getaufte T. d. Arb. Döhring, 51/4 St. alt, an Schwäche.

In der St. Johannis-Kirche.

Getauft: Den 5 Mai, Franciska Marianna, T. d. Arb. Smolinski.

Gestorben: Carl Martens, 34 J. alt, an der Lungenentzündung.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Den 28. April Joseph, S. d. Arb. Lipertowicz zu Gr. Mocker; d. 29. Marianna Anastasia, T. d. Maurerg. Hahn zu Gr. Mocker; d. 5. Mai Cecilia, T. d. Zimmerg. Jarzebowski zu Kl. Mocker; d. 5. Joseph, S. d. Eigenth. Witkowski zu Rubinkowo.

Gestorben: Den 29. April, Paul Kulikowski. S. d. jetzt verehl. Spott, 11 J. alt, an der Auszehrung; d. 3. Mai Ww. Kaminska zu Bromb.-Vorst. 55 J. alt, an der Auszehrung; d. 6. Heinrich Paul, S. d. Maurerg. Dobrzynski zu Kl. Mocker, 2 J. 8. M. alt, an der Halsbräune; d. 7. der Arb. Zuchowski zu Kl. Mocker, 35 J. alt, am Schlagfluß.

Getraut: Den 5. Mai der Arb. Laskowski zu Bromberger-Vorst. mit dem Dienstmädchen Boinska zu Culm.-Vorst.

In der St. Georgen-Parochie.

Getraut: Den 5. Mai der Lohndiener Esch mit Jungfr. Krebs in Bromb.-Vorst.

Gestorben: Den 2. Mai todtgeboren ein S. d. Arb. Schaffranneck in Alt-Mocker; d. 5. Adolphine Mathilde, geb. Kramer, Ehefrau, d. Tischlerg. Stachowski in Alt-Mocker, 28. J. 10 M. alt, an der Schwindsucht.

In der neustädt. evangelischen Stadt-Gemeinde.

Getraut: Den 5. Mai der Pfefferküchlerg. Henkel mit Jungfr. Ledwochowska; d. 7. der Maurerg. Klemp mit Franziska Wisniewska.

Es predigen:

Am Sonntage Jubilate d. 12. Mai.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Liedtke.
Militärgottesdienst, 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Eilsberger.
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Predigtamtskandidat Gonell.
Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe.

In der evangelisch - lutherischen Kirche

Vormittags 9 Uhr Herr Pastor Rehm.
Nachmittags 2½ Uhr Katechisation Derselbe.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**